

Solares Markenzeichen aus Aachen

Drei Jahre NRW-Erlaß zur kostendeckenden Vergütung - eine Zwischenbilanz

Foto: Rainbows End



Ralf Köpke

Drei Jahre kostendeckende Vergütung – das Prinzip findet (langsam) immer mehr Anhänger. Parallel wächst der Widerstand der Stromwirtschaft, ihre Abwehrstrategie heißt „Grüner Tarif“.

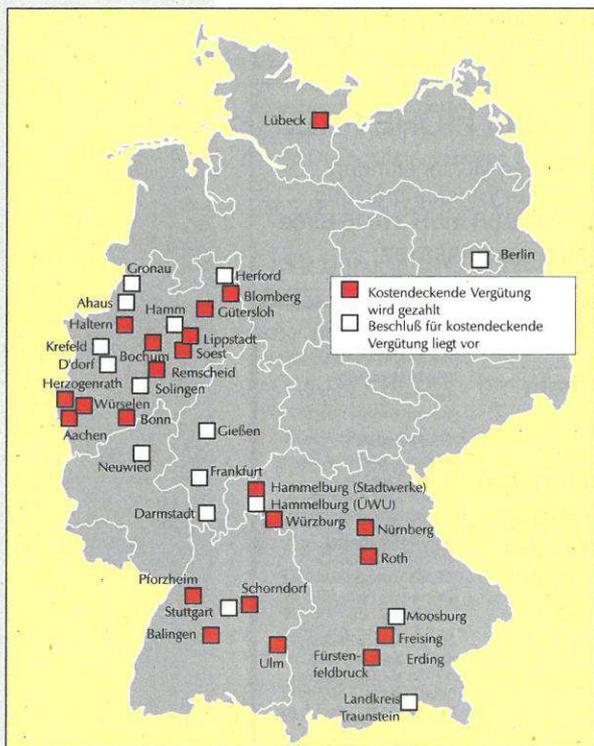
Man, ist der dick man(n)!

Nein, nicht von einer mit Schokoguß ummantelten Süßigkeit ist die Rede, sondern von der jüngsten Ausgabe des Solarbriefes. Auf dem Rekordumfang von fast 60 Seiten hat der Solarenergie-Förderverein in Aachen für Laien und Interes-

sierte alle Argumente in Vortragsform zusammengefaßt, die für die Einführung der kostendeckenden Vergütung (KV) sprechen. Geschäftsführer Wolf von Fabeck: „Wir hoffen so, mehr Anhänger für unsere Idee zu finden.“ Wie die Aachener Prinzen, das bekannte Reitturnier in der Soers oder der Kaiser-Dom ist die kostendeckende Vergütung mittlerweile zu einem Markenzeichen für die Stadt im Dreiländereck geworden. Als „Aachener Modell“ ist nämlich das Konzept bundesweit bekannt geworden, das die Solar-Aktivisten Anfang der neunziger Jahre zur Förderung regenerativer Energien entwickelt haben. Danach sollten private Photovoltaik- und Windkraftanlagen-Betreiber für den Strom, den sie ins öffentliche Netz einspeisen, eine Vergütung bekommen, die ihre hohen Investitionen innerhalb von 20 Jahren auffängt. Den ministeriellen Segen bekam die kostendeckende Vergütung Anfang Juni 1994, als Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland nach langem Ringen mit einem Erlaß zum bundesweiten Vorreiter wurde. In Mark und Pfenning bedeutete der NRW-Erlaß eine Vergütung von zwei Mark für jede kWh Solarstrom sowie maximal 35 Pfennige für Windstrom. Als Ausgleich für die höheren Ökostrom-Tarife gestattete das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den Stromversorgern im Lande, ihre Tarife bis zu einem Prozent anzuheben.

Von dem Angebot haben nach drei Jahren nur die wenigsten Stadtwer-

ke zwischen Rhein und Weser Gebrauch gemacht. Ein dutzend Städte zahlen den „Sonnen-Tarif“, in acht weiteren Kommunen liegen zustimmende Stadtratsbeschlüsse vor. Rechnet man die Städte hinzu, die sich für einen Fördermix aus Investitionszuschuß und erhöhter Einspeisevergütung entschieden haben, erhöht sich die Gesamtzahl auf etwa 25. Wolf von Fabeck ist dennoch nicht unzufrieden: „Wir haben Anfangserfolge, denn mit der kostendeckenden Vergütung läßt sich wirklich viel bewegen.“ So kletterte in Remscheid, das als erste NRW-Stadt im Mai 1995 den KV-Tarif anbot, die Zahl der PV-Anlagen bis Silvester 1996 auf 9, gleichzeitig lagen Förderanträge für zehn weitere Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 202 Kilowatt Peak (kWp) vor. Die Stadtwerke Bonn, die allerdings nur das halbe Stadtgebiet versorgen, haben mittlerweile 25 Anlagen mit einer Kapazität von 661 kWp am Netz, mit den noch laufenden Anträgen erhöht sich die Gesamtleistung um weitere 85 kWp. In Aachen, dem „Geburtsort“ des neuen Fördermodells, waren Ende März 55 private Anlagen mit 220 kWp in Betrieb. Für weitere 730 kWp liegen nach Auskunft der Stadtwerke derzeit Anfragen vor. „Aachen ist insofern ein glückliches Beispiel“, sagt der SFV-Geschäftsführer, „da sich hier auch fünf neue Solar-Installationsbetriebe gegründet haben und so neue Arbeitsplätze entstanden sind.“ Auch außerhalb Nordrhein-Westfalens „funktioniert“ die kosten-



deckende Vergütung. In Baden-Württemberg, das neben Bayern den NRW-Erlaß größtenteils kopierte (Unterschiede gibt es bei der zulässigen Strompreiserhöhung), haben die Stadtwerke Schwäbisch-Hall als Vorreiter über 40 Solar- und – als bundesweites Novum – auch zwei Windkraftanlagen gefördert. Den Betreibern der beiden 500 kW-Anlagen zahlt der Kommunalversorger seit August vergangenen Jahres mit 28 Pfennigen pro Kilowattstunde einen Satz, der damit deutlich über dem Niveau des Stromeinspeisungsgesetzes von 17,15 Pf./kWh liegt. Die Resonanz hat Stadtwerke-Chef Johannes van Bergen nicht überrascht: „Das Interesse ist einfach da.“

Das Interesse müsse noch gesteigert werden, sagt Energieexperte Albrecht Morguet von der Düsseldorfer Verbraucherzentrale: „Die kostendeckende Vergütung ist sehr ausbaubedürftig.“ Wie ausbaufähig, zeigt schon ein Blick in eine Greenpeace-Statistik aus dem vergangenen Herbst: Danach brachten es die in den KV-Städten installierten Solaranlagen auf eine Gesamtleistung von rund 2,5 Megawatt (MW). Ein Vergleich mit dem deutschen Kraftwerkspark, dessen Kapazität bei 100.000 MW liegt, verbietet sich einfach. Auch die politische Unterstützung läßt zu wünschen übrig. So rückte ausgerechnet die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr von ihrem 1994 gefaßten Beschluß ab, ein Bundesgesetz für die kostendeckende Vergütung im Bundesrat zu beantragen.

Zu schaffen macht den Solaraktivisten aber vor allem der anhaltende, massive Widerstand von weiten Teilen der Stromwirtschaft. SFV-Geschäftsführer von Fabeck verweist vor allem auf ein Strategietreffen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke im Dezember 1995 hin: „Konsens war, daß unser Modell mit allen Mitteln zu verhindern ist, da mit der von uns gewollten dezentralen Stromversorgung so etwas wie die Machtfrage gestellt wird.“ Gezielt versucht die Stromlobby seitdem, die kostendeckende Vergütung mit dem sog. Grünen Tarif zu unterlaufen. Dabei zahlen die Stromkunden einen Aufschlag auf ihren Kilowattpreis, den die Energieversorger dann in Anlagen für erneuerbare Energie investieren.

Ein solches Programm haben mitt-

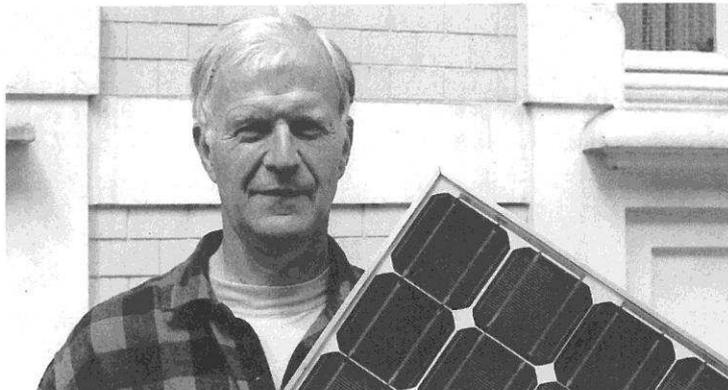


Foto: Köpke

Wolf von Fabeck (Solarenergie-Förderverein in Aachen): „Mit der von uns gewollten dezentralen Stromversorgung wird nach Meinung der VDEW so etwas wie die Machtfrage gestellt.“

lerweile mit der RWE Energie, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, das Badenwerk, die Berliner Bewag oder die Energieversorgung Schwaben fast alle „Big player“ der deutschen Strombranche aufgelegt. Johannes van Bergen, Chef der Stadtwerke Schwäbisch-Hall, spricht von einem großen „Täuschungsmanöver“: „Die normalen Stromverbraucher dienen als Kreditgeber für die großen Energieversorger, die mit den neuen Solar- und Windkraftanlagen ihr Image verbessern können.“ Verbal geht Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Präsident der europäischen Solarenergie-Vereinigung Eurosolar, noch einen Schritt weiter: „Das ist eine Perversion, daß die Hauskunden den emissionsfreien Strom vorfinanzieren, den die Monopolisten eigentlich produzieren müßten.“ Neu ist eine Variante, mit der die Stadtwerke Pforzheim versuchen, die steigende Popularität der kostengerechten Vergütung zu stoppen. Jedes kW einer Solaranlage wird im Badischen mit einem Investitionszuschuß von 95% gefördert. Der Betreiber einer herkömmlichen 2 kW-Anlage, die rund 30.000 Mark kostet, kann so rund 28.500 Mark einstreichen. „Wir wollen uns nicht langfristig binden“, erklärt Pressesprecher Peter Löffler das Motiv. Darum reagiert der Aachener Solarenergie-Förderverein mit Kopfschütteln: „Damit ist nicht gewährleistet, daß die Anlage auch wirklich 20 Jahre läuft und so kontinuierlich als Symbol für eine andere Energieversorgung strahlt.“

Nicht strahlend, aber optimistisch sehen Wolf von Fabeck und seine rührige Crew die künftige Entwicklung der kostendeckenden Vergütung. Ihr Verdienst ist es sicherlich,

daß Bewegung in die Solarförderung gekommen ist. Die Green Pricing-Angebote sind eine Reaktion. Daß der Vorstand der Berliner Bewag nun in die Unternehmensziele auch die Markteinführung erneuerbarer Energie hat schreiben lassen (vgl. Neue Energie 2/97), können sich die Aachener Solar-Protagonisten auf ihre Fahne schreiben. Auch das Mitte April von Greenpeace in Berlin vorgestellte Markteinführungsprogramm für Photovoltaik basiert auf dem Prinzip der kostendeckenden Vergütung. Konkret sieht der Greenpeace-Vorschlag vor, daß jeder Käufer einer 2 kW-Solaranlage einen einmaligen Zuschuß von 14.000 Mark sowie 25 Jahre lang eine Einspeisevergütung von 66 Pfennigen je Kilowattstunde erhält. Mit diesem Fördermix können, so errechneten das Freiburger Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme sowie das Institut für Luft- und Raumfahrt aus Stuttgart im Auftrag von Greenpeace, bei entsprechender Nachfrage bis zum Jahr 2010 rund 21.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Finanziert würde das Greenpeace-Programm durch eine Strompreiserhöhung um einen Viertelpfennig je Kilowattstunde. Mit einer Strompreiserhöhung von zwei Pfennigen rechnen die Aachener Solarförderer, damit künftig des bundesdeutschen Strombedarfs zu zwei Prozent aus Solarenergie gedeckt wird. Ein entsprechendes Bundesgesetz, so der Wunsch aus der Kaiserstadt, solle diesen Weg ebnen. Dieses Pläne stellt der SPD-Parlamentarier erst einmal zurück: „Wichtig ist es zunächst einmal, daß wir die Pläne der Bundesregierung zum Energiegesetz vom Tisch bekommen und gleichzeitig die Vergütungstarife des Einspeisegesetzes erhalten.“

Weitere Informationen zur kostendeckenden Vergütung:

Solarenergie-Förderverein e.V.
Herzogenstraße 6
52070 Aachen
Tel. 0241/511616
Fax 0241/535786

Internet:
<http://www.fto.de/sfv/index.htm>